

Nürnberger Zeitung vom 18.07.2018

NZ NÜRNBERGER
ZEITUNG

Ressort: Lokales
Seitentitel: Russlanddeutsche i. Nürnberg
Studie zum Wahlverhalten der Russlanddeutschen

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 22.891 (gedruckt)

Der Gang zur Wahlurne fällt schwer

Bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr hat die AfD in Nürnberg in den Wahlbezirken die besten Ergebnisse erreicht, in denen mehr als 15 Prozent der Wahlberechtigten Einwanderer aus den GUS-Staaten sind.

Sind Russlanddeutsche besonders empfänglich für die AfD? Eine Uni-Studie im Herbst 2017 konnte dies nicht bestätigen. Nicht alle Menschen, die aus den GUS-Ländern stammen, sind Russlanddeutsche. Doch Russlanddeutsche sind die größte Gruppe unter ihnen. In Nürnberg gehören etwa 30 000 Menschen dieser Gruppe an. Schon weit vor der Bundestagswahl brachte man Russlanddeutsche in die Nähe der AfD. In den Fokus der medialen Aufmerksamkeit gelangten die Russlanddeutschen im Winter 2016. Damals ging eine Welle der Demonstrationen gegen die deutsche Flüchtlingspolitik durchs Land – mit starker Beteiligung der Russlanddeutschen. Als Auslöser für die Demos galt der Fall einer mutmaßlichen Vergewaltigung einer 13-jährigen Russlanddeutschen in Berlin durch einen Flüchtling. Der Vorwurf der Vergewaltigung erwies sich laut Polizei als haltlos, die Aufregung bei vielen Menschen aus den GUS-Staaten blieb. Der „Fall Lisa“ wurde zu einem Politikum, auch der russische Außenminister und die russischen Medien heizten die Stimmung ein. Die Demonstrationswelle ebte nach einigen Wochen ab, aber der Stempel, dass Russlanddeutsche zu Rechtspopulismus neigen, blieb an der Gruppe haften. Tatsächlich schnitt die AfD in Nürnberg dort besser ab, wo mehr als 15 Prozent der Wähler unter Umständen einen russlanddeutschen Hintergrund haben, etwa in Langwasser,

Schweinau, Röthenbach. Doch die Folgerungen daraus bedürfen genauerer Analysen. So könnte es schon sein, dass Russlanddeutsche in diesen Stadtteilen verstärkt die AfD gewählt haben. Doch sie repräsentieren nur einen Teil der Russlanddeutschen in Nürnberg. In Langwasser etwa lebten im September vergangenen Jahres 4257 Wahlberechtigte, die aus den GUS-Ländern kamen. Das ist weniger als ein Sechstel der Gesamtgruppe. Denn viele aus dieser Gruppe, die den wirtschaftlichen Aufstieg in Deutschland geschafft haben, leben in anderen, weniger sozial angespannten Stadtteilen. Es könnte aber auch sein, dass es gerade die nicht russlanddeutschen Wähler in den Nürnberger AfD-Hochburgen waren, die sich für diese Partei erwärmen ließen, weil ihnen ihr Leben im multikulturellen Umfeld nicht so behagt. Vielleicht auch punktete die AfD deswegen so gut in bestimmten Wahlbezirken, weil Menschen, die dort leben, oft soziale Probleme haben und diese einen größeren Einfluß auf deren Wahlverhalten hatten als die Herkunft der Wähler. Doch auch diese mögliche Erklärung ist nicht mehr als eine Mutmaßung. Eine Studie der Uni Duisburg-Essen und Uni Köln im Herbst 2017 konnte dagegen nicht bestätigen, dass Russlanddeutsche eine besonders starke Affinität für die AfD haben. „Der Anteil an AfD-Wählern ist leicht höher als bei der Gesamtbevölkerung, aber nicht

wesentlich“, berichtet Achim Goerres. Der Professor für empirische Politikwissenschaft an der Uni Duisburg-Essen hat zusammen mit den Kölner Kollegen das Wahlverhalten von je 500 Russlanddeutschen und Deutsch-Türken untersucht. Eines der Studienergebnisse: Während der Anteil der AfD-Wähler insgesamt bei 12,6 Prozent lag, wählten bei der vergangenen Bundestagswahl 15 Prozent der Russlanddeutschen diese Partei. Die CDU/CSU schnitt bei dieser Gruppe mit 27 Prozent ab, die Linke mit 21 Prozent, die SPD kam auf 12 Prozent, die FDP auf 12 Prozent und die Grünen auf 8 Prozent. In diesem Wahlverhalten sieht Goerres „die Normalisierung des Parteienverhältnisses“ bei der Gruppe, die lange Zeit als treue Wählerschaft der Christdemokraten und Christsozialen galt. Goerres macht sich an einer anderen Stelle Sorgen um die russlanddeutschen Wähler: Laut seiner Studie gingen lediglich 58 Prozent der Russlanddeutschen zur Wahl. Das sind um 18 Prozentpunkte weniger als in der Gesamtbevölkerung. Goerres und seine Kollegen haben die Probanden mit doppelter Staatsbürgerschaft auch gefragt, ob sie in ihrem Herkunftsland wählen würden. Die meisten haben diese Frage verneint. „Wir haben eine Gruppe, die sich weder hier noch dort an politischen Prozessen beteiligt“, so Goerres.

Urheberinformation:

© 2018 NÜRNBERGER ZEITUNG